

# Neue Westfälische vom 16.12.2016, S. 3

## Laschet fehlt bei Debatte über Doppelpass

**CDU-Parteitagsbeschluss:** Der Landtag spricht in der Aktuellen Stunde lieber über die doppelte Staatsangehörigkeit als über Abschiebungen nach Afghanistan. Der Ex-Integrationsminister (CDU) bleibt der Auseinandersetzung wie Kraft (SPD) und Lindner (FDP) fern

Von Florian Pfitzner

■ **Düsseldorf.** Kurz nach der Ankunft der ersten in Deutschland abgelehnten afghanischen Asylbewerber in Kabul zeigt der nordrhein-westfälische Landtag, wie weit der Wahlkampf vorangeschritten ist. Statt über die sogenannten Sammelabschiebungen zu streiten, die NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) mitgetragen und somit einen neuen Krach in der rot-grünen Koalition ausgelöst hat, setzt man sich unter Protest der Piraten lieber mit der CDU-Position zur doppelten Staatsangehörigkeit auseinander.

Die geplante Abkehr vom Doppelpass sei „Gift für die Integration in NRW“, konstataren die Fraktionen von SPD und Grünen in ihrem Antrag. Sie meinen den Beschluss auf dem CDU-Bundesparteitag vorige Woche in Essen, in dem die Partei angekündigt hat, die doppelte Staatsbürgerschaft für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern abzuschaffen. Im Landtag kritisiert SPD-Fraktionschef Norbert Römer den Vorstoß, weil er aus seiner Sicht „unausgesprochen auf Menschen muslimischen Glaubens zielt“.

So ähnlich dürfte das der Chef der NRW-CDU sehen. Armin Laschet geht der Beschluss gegen den Strich. Die Forderung nach einer Rückkehr zur bis 2014 geltenden Optionspflicht hält er schlichtweg für „schwachsinnig“, heißt es in Parteikreisen. Nach außen zieht es Laschet allerdings vor zu schweigen – womit er sich seit Tagen angreifbar macht: „Wer führt eigentlich den Landesverband

der CDU?“, fragt Römer.

Zur Überraschung einiger Abgeordneter erscheint Laschet gar nicht erst im Landtag. Er ist wie Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) und FDP-Chef Christian Lindner zu einem Festakt nach Köln gefahren. Anschließend spricht die NRW-CDU ob der Kritik an ihrem Vorsitzenden von einem „kleinkarierten und verzweifelten Rot-Grün“. Fraktionsvize Andre Kuper weist die Angriffe als „Ablenkungsmanöver“ zurück. Tapfer versucht er, das Thema herunterzuspielen: Parteitagebeschlüsse fänden sich eh „nur selten eins zu eins in Regierungsprogrammen wieder“.

Joachim Stamp, FDP-Fraktionsvize, schätzt den CDU-Beschluss höher ein. Gerade in der Sache hätte Laschet, Ex-Integrationsminister in NRW, nach vorne gehen sollen, sagt Stamp. Gleichzeitig kritisiert er den rot-grünen Antrag, der am Ende vorrangig darauf aus sei, den CDU-Bundesvize bloßzustellen. Der Doppelpass sei jedoch „zu wichtig, um ihn zur Desavouierung von Armin Laschet zu nutzen“.

So ganz lösen sich die Landtagsfraktionen dann doch nicht von der Nachricht um die Abschiebungen, deretwegen Monika Düker ihr Amt als flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen abgegeben hat. Ihr Gewissen habe sich gemeldet, erklärt Düker, die jahrelang vieles in der Koalition mitgetragen hat. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sei es am Ende gemeinsam mit der Landesregierung darum gegangen, „ein Exempel zu statuieren – ohne

Rücksicht auf die Menschen“. Damit, sagt die Grünen-Politikerin, „war die rote Linie überschritten“.

### Selbstverzwergung

Florian Pfitzner, Düsseldorf

Armin Laschet hat eine Chance vergeben – wieder einmal. Schon in den Tagen nach dem Parteitagebeschluss zur doppelten Staatsbürgerschaft zog es der Vorsitzende des mitgliederstärksten CDU-Landesverbandes vor zu schweigen. Dafür meldete sich Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier zu Wort, elf Jahre lang Innenminister unter Roland Koch. Mit einer fragwürdigen Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft gewannen sie 1999 gemeinsam die Landtagswahl in Hessen.

Laschet gilt eigentlich als Modernisierer. Er hat einen Selbsterneuerungsprozess in der NRW-CDU angeschoben, war der bundesweit erste Integrationsminister. Da darf man schon mal eine eindeutige Abgrenzung von denjenigen erwarten, die nun versuchen, zulasten junger Menschen mit ausländischen Wurzeln die konservative CDU-Seele zu streicheln.

Doch es war Bouffier, der den Sinn des Beschlusses infrage stellte. Zweifellos hat er seinen grünen Koalitionspartner in Wiesbaden genauso im Blick wie ein mögliches schwarz-grünes Bündnis nach der Bundestagswahl. Im Gegensatz zu Laschet ist er dabei



mutig genug, seine gesplante Partei für einen Vorstoß zu kritisieren, der auf den „Pillepalle-Populismus“ (SPD) der „National-Karnevalisten der Jungen Union“ (Piraten) zurückgeht.

Natürlich muss man nicht über jedes Stöckchen springen, das einem der politische Gegner hinhält. Während der Debatte zum Doppelpass in Düsseldorf verabschiedete der *Stadtanzeiger* in Köln seinen Chefredakteur. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft war wie Laschet eingeladen – so kann man sich elegant entschuldigen lassen.

Laschet hätte viel Respekt gewonnen, wäre er im Landtag geblieben und für seine Position eingetreten. Gerade weil Beobachter in Berlin ihm unter den stellvertretenden CDU-Vorsitzenden, also neben Bouffier Julia Klöckner, Thomas Strobl und Ursula von der Leyen, das schwächste Profil bescheinigen.

Es gab eine Zeit, da lästerte Laschet häufig über Krafts „Selbstverzwergung“, nachdem sie ankündigte, „nie, nie“ als Kanzlerkandidatin anzutreten. Inzwischen verzweigt er sich selbst.

florian.pfitzner@  
ihr-kommentar.de  
Seite 3